

Energie-Control Austria für die Regulierung  
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
(E-Control)  
Rudolfsplatz 13A  
1010 Wien

BKA - I/6 (Rechts- und Vergabeangelegenheiten)  
[recht@bka.gv.at](mailto:recht@bka.gv.at)

**Renate Karbasch**  
Sachbearbeiterin

[renate.karbasch@bka.gv.at](mailto:renate.karbasch@bka.gv.at)  
+43 1 53 115-202386  
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [recht@bka.gv.at](mailto:recht@bka.gv.at) zu richten.

Geschäftszahl: 2026-0.079.774

Ihre Zahl: V WVO 01/26

## **Wechselverordnung 2026 – WVO 2026 – Entwurf Begutachtung - Stellungnahme**

Seitens des Bundeskanzleramtes wird zu dem im Betreff genannten Verordnungsentwurf  
folgende Stellungnahme abgegeben:

Zum Anhang des Verordnungsentwurfs mit dem Titel „Ablauf des Verfahrens“:

Unter „**1. Gemeinsame Bestimmungen für den Lieferantenwechsel sowie die  
Neuanmeldung und Abmeldung**“ wird im Punkt „**1.2 Vollmacht**“ angeführt:

*Über die Wechselplattform ist elektronisch mittels standardisierter Meldung mitzuteilen,  
dass die notwendige Bevollmächtigung des Endkunden zur Vornahme der erforderlichen  
Verfahrensschritte vorliegt. Zeitgleich mit der Übermittlung der Bevollmächtigung hat der  
neue Lieferant auch die Methode zur Sicherstellung der Identifikation und Authentizität des  
Endkunden in standardisierter Weise anzugeben. Ein Abbruch des Verfahrens ist mit einer  
standardisierten Meldung „Bevollmächtigung nicht rechtsgültig“ vom Netzbetreiber  
durchzuführen, wenn die übermittelte Bevollmächtigung nicht rechtsgültig ist.*

Die **Erläuterungen** führen dazu aus:

*Die Bestimmungen zur Glaubhaftmachung und Gültigkeit der Bevollmächtigungen gelten  
unverändert, wobei eine Stichprobenprüfung durch den Netzbetreiber nicht erforderlich ist.  
Für die Glaubhaftmachung ist der Vorbehalt der Bevollmächtigung und die Übermittlung*

*auf Anfrage ausreichend. Für die Bevollmächtigung gilt weiterhin Formfreiheit. Lieferanten haben konsumentenfreundliche Vorkehrungen zur Identifikation und Authentifizierung der Kunden zu treffen, wobei der alleinige Einsatz qualifizierter elektronischer Signaturen oder die Verwendung von Ausweiskopien unzulässig ist. Wenn Formfreiheit und Benutzerfreundlichkeit gewährleistet sind, obliegt es dem Lieferanten, welche Methoden angeboten werden. Missbrauch wird durch stichprobenartige Kontrollen der Verrechnungsstelle, dem Prüfrecht des Netzbetreibers und des aktuellen Lieferanten sowie dem Risiko schadenersatzrechtlicher Haftung und verwaltungsrechtliche Sanktionen eingeschränkt.*

**Dazu darf angemerkt werden:**

Die Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur ist rechtlich der eigenhändigen Unterschrift grundsätzlich gleichgestellt und erfüllt das Schriftformerfordernis. Diese Rechtswirkung ergibt sich unmittelbar aus der unionsrechtlichen Bestimmung des Art 25 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-VO), wonach eine qualifizierte elektronische Signatur die gleiche Rechtswirkung wie eine handschriftliche Unterschrift hat.

Auf nationaler Ebene wird dieser Grundsatz durch § 4 Abs 1 des Signatur- und Vertrauensdienstegesetzes (SVG) konkretisiert. Demnach erfüllt eine qualifizierte elektronische Signatur das rechtliche Erfordernis der Schriftlichkeit (insbesondere im Sinne des § 886 ABGB). Die qualifizierte elektronische Signatur stellt somit ein funktionales Äquivalent zur papiergebundenen Schriftform dar und wahrt die gesetzlichen Formvorschriften.

Vor diesem Hintergrund ist unklar warum der „alleinige Einsatz qualifizierter elektronischer Signaturen“ unzulässig ist. Es darf um Anpassung der Erläuterungen im Sinne der eIDAS-VO und des SVG bzw. um nähere Erläuterung ersucht werden.

Wien, am 30. Jänner 2026

Für den Bundeskanzler:

Grad

Elektronisch gefertigt

